

Innenpolitisch dagegen entwickelte sich die Saarfrage ab 1950 vor allem für die von der CDU geführte Bundesregierung immer mehr zur Belastung. Besonders die SPD übte in der Öffentlichkeit ebenso scharfe wie eindeutige Kritik am saarländischen Sonderweg. Manche sozialdemokratische Politiker und insbesondere Karl Mommer argumentierten dabei möglicherweise sogar noch überzeugender, als dies Kurt Schumacher mit seinem explizit auf Gesamtdeutschland ausgerichteten National-Konzept gelang. Zwar war der hier beschriebene Kurs auch innerhalb der SPD nicht unumstritten, was sich besonders bei wichtigen außenpolitischen Etappen wie dem Beitritt zum Europarat oder der Gründung der EGKS zeigte. Für die öffentliche Wahrnehmung waren diese internen Streitigkeiten jedoch nicht bestimmend. Ähnliches galt für die Freien Demokraten und für mehrere der vielen kleinen Parteien, die das parlamentarische System der frühen Bundesrepublik prägten. Dass die völkerrechtliche Situation der Saar nicht abschließend geklärt wurde, gefährdete daher die Durchsetzungsfähigkeit der CDU als entscheidende politische Kraft der bürgerlichen Mitte.

Zusätzlich erschwert wurde die deutsche Saarpolitik dadurch, dass alle bundesdeutschen Versuche scheiterten, direkt an der Saar zu intervenieren.³¹ Die politische Strategie, der saarländischen Teilautonomie schlichtweg die Anerkennung zu verweigern, wurde erstmals im Zuge des DPS-Verbots 1951 konkretisiert. Von allen Parteien und Politikern wurde dieses Verbot als eklatanter Verstoß gegen politische Freiheitsrechte gebrandmarkt. Die Möglichkeiten für eine bilaterale Regelung des Saar-Konfliktes zwischen der Bundesrepublik und Frankreich verschlechterten sich dadurch drastisch. Gleichzeitig verstärkte das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen seine verdeckten Aktivitäten zur Förderung einer innersaarländischen Opposition. Unterstützung erfuhr die deutsche Haltung außerdem in Form von wissenschaftlichen Gutachten zur wirtschaftlichen Lage der Saar, welche die Probleme und Defizite der Währungs- und Zollunion mit Frankreich aufzeigten. Zwar wurden diese Aktivitäten niemals zum offiziellen Bestandteil bundesdeutscher Saarpolitik. Doch erschien eine derartige Einflussnahme durchaus geeignet, eine große Zahl der Saarländer bei den Landtagswahlen im November 1952 zur Abgabe „weißer“ und damit ungültiger Stimmzettel bewegen zu können. Von dem für diesen Fall zu erwartenden Legitimationsverlust der saarländischen Landesregierung erhoffte sich die Bundesregierung eine Verstärkung ihrer Verhandlungsposition gegenüber Frankreich. Tatsächlich jedoch wählten – wie die Regierung Hoffmann es erwartet hatte – nur gut zwanzig Prozent der Saarländer „weiß“. Diese gravierende Niederlage für Jakob Kaiser – als Minister für Gesamtdeutsche Fragen – und für seine Unterstützer in Rheinland-Pfalz führte dazu, dass vor allem Konrad Adenauer den vorgezeichneten Lösungsweg als gescheitert ansah.

³¹ Vgl. Quelle Nr. 66.